

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

**„Mehr Demokratie wagen“ –
gerade auch in unserer Stadt!**

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

15 „Demokratie wagen!“ Gerade auch in unserer Stadt

Demokratie lebt von der Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen. Je mehr die Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und je mehr der einzelne Mensch aber auch die Möglichkeit hat, sich aktiv einzubringen, umso demokratischer entwickelt sich ein Gemeinwesen bzw. eine Gesellschaft.

Von den politischen Ebenen in Deutschland ist die Kommune die für die Bürger*innen unmittelbarste demokratische Einflussosphäre. Die Kommune ist jene politische Ebene, in der direkte Elemente der Selbstverwaltung und Emanzipation der Menschen besonders transparent etabliert und weiterentwickelt werden können. Die Mitwirkung an der Gestaltung des eigenen Lebensumfelds ermöglicht positive Erfahrungen mit Politik, die in der Gegenwart rar geworden sind.

DIE LINKE in München hat sich zum Ziel gesetzt, Voraussetzungen zu schaffen und Strukturen zu stärken für mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Alle Einwohner*innen – unabhängig von Geschlecht, Sprache, Nationalität, Staatsangehörigkeit, religiöser oder politischer Anschauungen, sexueller Orientierung – sollen die Möglichkeit haben, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt umfassend zu beteiligen.

Demokratie muss gelebt werden:

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung in größtmöglichem Umfang genutzt bzw. erweitert werden.

Demokratie muss gewollt sein:

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle, die in dieser Stadt leben, das Recht und die Möglichkeit haben, sich wirksam an Entscheidungen zu beteiligen.

Demokratie zu leben muss möglich sein:

Soziale und politische Sicherheit sind eine Grundvoraussetzung für bürgerrechtliches Engagement. Je weniger Menschen einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sind, desto mehr werden sie sich für das Gemeinwesen und für eine solidarische Lebenswelt einsetzen können. Bildung, Gesundheit, Betreuung, Mobilität, Wasser, Gas und Strom, Wohnungen, Ver- und Entsorgung und nicht zuletzt Kultur dürfen sich nicht an der Zahlungskraft der Menschen orientieren. Leistungen der Daseinsvorsorge müssen also für alle gewährleistet sein. Dafür ist eine demokratische Ausgestaltung in guter Qualität unerlässlich.

Demokratie muss erlernt werden:

DIE LINKE. begreift die Erziehung zur Demokratie als einen umfassenden Bildungsauftrag. Demokratisches Handeln setzt demokratisches Denken voraus und muss eingeübt werden. Neben der Vermittlung von reinem Faktenwissen müssen die Befähigung zur Kritik, Selbstständigkeit, soziale Kompetenz und Verantwortung sowie – ganz zentral – die Mechanismen demokratischer Entscheidungsbildung und -umsetzung Bildungsziel sein.

Demokratie muss geschützt werden:

Für DIE LINKE. steht außer Zweifel, dass nationalistische Ideologien in all ihren Erscheinungsformen die Demokratie, d.h. das demokratische Zusammenleben aller in einem Gemeinwesen lebenden Menschen gefährden. Ihnen muss durch Aufklärung, wirksame Aktivitäten, aber auch entsprechende rechtliche Schritte konsequent entgegengetreten werden.

München braucht mehr Demokratie:

München ist nicht eine Kommune wie jede andere. In Bayern leben in der kleinsten Kommune nicht einmal 300 Einwohner, in München sind es inzwischen mehr als 1,4 Millionen. Das kleinste Bundesland in Deutschland hat mit weniger als 1 Million Einwohnern sogar weniger Einwohner als München. Neben dem saarländischen Landtag gibt es dort eine ganze Reihe von kommunalen Parlamenten und Bürgermeistern. In München gibt es z.B. nicht einmal Bezirksbürgermeister wie sie in Berlin, aber auch in Köln zu finden sind. Die Bayerische Gemeindeordnung kennt eben keine Bezirksbürgermeister, Dadurch wird München für viele Elemente direkter Demokratie bereits viel zu unübersichtlich. Die 25 Münchner Bezirksausschüsse könnten die Grundlage für eine politische Ebene bilden, die den Menschen näher ist. Dazu müssten sie aber mit weiter reichenden Rechten und Gestaltungsbefugnissen ausgestattet werden als es jetzt der Fall ist.

Stärkung der Bezirksausschüsse:

DIE LINKE will in München die politischen Entscheidungsrechte der Bezirksausschüsse stärken, u. a. fordern wir eine wirksamere Einflussnahme bei der Prioritätensetzung im städtischen Haushalt und bei der Investitionsplanung.

Um die Demokratie in den Stadtteilen zu stärken und eine demokratische Stadtplanung zu ermöglichen, sind wir für die Einrichtung von Bürger- und Kulturzentren in allen Stadtteilen. Sichtbare Orte, an denen gemeinsam die Probleme des Viertels, von der Straßenplanung bis zum Kindergarten, besprochen und weitestgehend entschieden werden können. Die demokratische Legitimation der Bezirksausschüsse soll auch dadurch aufgewertet werden, dass alle im Stadtrat vertretenen Parteien automatisch berechtigt sind, an der Wahl zum Bezirksausschuss auch teilzunehmen, und von ihnen keine Unterschriften mehr gesammelt werden müssen.

„Kommunaler Bürgerhaushalt“:

Wir streben die Einführung eines „kommunalen Bürgerhaushalts“ an, bei dessen Gestaltung Bezirksausschüsse, Bürger- und Einwohner*innenversammlungen ein Mitspracherecht haben. Insbesondere fordern wir im Rahmen dessen die Einführung eines Interventionsfonds, über den soziale Stadtteilinitiativen frei verfügen können, ohne sich bürokratischen Verfahrensweisen unterziehen zu müssen. Über die Verwendung muss selbstverständlich Rechenschaft abgelegt werden. In Städten wie Berlin-Lichtenberg (seit 2007) oder Köln und noch einigen mehr gibt es bereits sehr positive Erfahrungen damit.

Kommunales Wahlrecht für Alle:

DIE LINKE fordert das kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft in der Stadt leben, unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Bis zu dessen Einführung muss die Direktwahl des Ausländerbeirats als demokratisch gewählte Interessenvertretung beibehalten werden – auch bei geringer Wahlbeteiligung.

Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation:

DIE LINKE fordert die Öffnung von Einrichtungen für Erziehung, Schule und Bildung für eine demokratische Mitwirkung durch Elemente zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Wir möchten demokratische Selbstgestaltungs- und Mitbestimmungsrechte in allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche:

Als dringend notwendig betrachten wir für Kinder und Schüler pädagogisch konzipierte Ganztagsangebote. Dabei streben wir die Schaffung freiwilliger Angebote für Kinder und Jugendliche in Form von „Schulsozialarbeit“ und „Schulkulturarbeit“ in Zusammenarbeit mit Institutionen der Zivilgesellschaft wie Vereinen und kompetenten Initiativen an.

Unabhängige Vertrauensleute für alle Fälle:

DIE LINKE setzt sich für die Einrichtung einer neutralen Stelle ein, die Anfragen, Beschwerden und sonstige Anliegen der Menschen unbürokratisch nachgeht und Lösungen anstrebt, ohne die Menschen als Bittsteller*innen zu behandeln. Die Mitarbeiter*innen dieser Stelle sind allein den entsprechenden demokratisch gewählten Organen verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Anonymität ist dabei zu gewährleisten.

Die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Stellen bzw. Institutionen, wie z. B. den Verbraucherschutzverbänden, werden wir verbessern. Insbesondere in den Jobcentern setzt sich DIE LINKE für die Einrichtung einer unabhängigen „Ombudsstelle“ ein, deren Mitarbeiter*innen bei Bedarf von Bürger*innen angesprochen werden können, und als „Begleiter*innen“ bereit stehen. Diese Stelle darf nicht im Bereich des Jobcenters angesiedelt sein, benötigt aber weit reichende Rechte diesem gegenüber.

DIE LINKE fordert den Ausbau demokratischer Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten, auch mit Blick auf städtische Einrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Fehlentwicklungen dem Stadtrat und der Öffentlichkeit regelmäßig berichtet und entsprechende Korrekturen vorgenommen werden.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühdorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian